

Zwei Ja und zwei Nein von SP und Unabhängige zu den Abstimmungsvorlagen

In der auf elektronischem Weg durchgeführten Parolenfassung ergaben sich klare Mehrheiten. SP und Unabhängige Küssnacht sagen zwei Mal Ja und zwei Mal Nein.

Der Schutz von Mensch und Tier ist ein wichtiges Anliegen, aber die Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» ist der falsche Weg. Die Schweizer Tierschutzbestimmungen sind streng. Sie verpflichten Forschende, die Versuche wenn möglich durch alternative Forschungsmethoden zu ersetzen, möglichst wenig Tiere einzusetzen und deren Belastung so gering wie möglich zu halten. Heute werden deshalb zwei Drittel weniger Tierversuche durchgeführt als Anfang der 80er Jahre. Das von der Initiative geforderte bedingungslose Verbot von Versuchen ist radikal und stellt Forschung und Medizin vor unlösbare Probleme. Deshalb sagt eine überwiegende Mehrheit von SP und Unabhängige Nein zum Tier- und menschenversuchsverbot.

Werbung fördert Konsum

Jedes Jahr sterben tausende Menschen in der Schweiz an den Folgen des Tabakkonsums. Die Mehrheit der Raucherinnen und Raucher greift bereits als Minderjährige zur Zigarette. Werbung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» verlangt, dass Tabakwerbung beschränkt wird, sofern an Orten geworben wird, die für Kinder und Jugendliche zugänglich sind. SP und Unabhängige unterstützen dieses Anliegen einstimmig.

KMUs gehen leer aus

Grosskonzerne und die Finanzindustrie werden seit Jahrzehnten immer stärker privilegiert. Wenn es nach dem Plan von Economiesuisse und der Konzernlobby geht, werden bald nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert. Die Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgabe wird als Massnahme für krisenbetroffene KMU verkauft. Dabei wäre die Massnahme im Jahr 2020 hauptsächlich 55 grossen Unternehmen zugutegekommen. 590'000 KMU wären leer ausgegangen. Die Steuerausfälle von 250 Millionen Franken im Jahr müssen wieder einmal alle anderen mit noch höheren Steuern, Gebühren und Abgaben bezahlen. Deshalb sagen SP und Unabhängige mit überwiegender Mehrheit Nein zum Stempelsteuer-Bschiss und lehnen die Gesetzesvorlage ab.

Überlebenswichtige Unterstützung

Für die Demokratie ist eine vielfältige Medienberichterstattung zentral. Grosse Verlage könnten auf die Medienförderung verzichten. Sie haben genug profitable Geschäftsfelder. Für kleinere Verlage und Publikationen gilt dies hingegen nicht. Für sie ist öffentliche Unterstützung überlebenswichtig. Das Gesetz sieht deshalb vor, dass kleine Medienhäuser und Publikationen mit höheren Beträgen gefördert werden als Grosse. Das käme zum Beispiel auch dem Freier Schweizer zu gute. SP und Unabhängige begrüssen deshalb einstimmig das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien.